

Laibacher Zeitung.

Nr. 130.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Befüllung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 7. Juni

Insertionsgebühr bis 10 Seiten: 1 mal 60 kr., 2 mal 80 kr., 3 mal 1 fl.; sonst pr. Seite 1 mal 6 kr., 2 mal 8 kr., 3 mal 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesmal 20 kr.

1867.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 23. Mai d. J. dem Schulrathe Dr. Anton Färz in Krain in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienstleistung das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allerhöchst zu verleihen geruht.

Das Handelsministerium hat die Inspectorsstelle bei dem neu errichteten Telegrapheninspektorat für Mähren und Schlesien mit dem Amtssitz in Brünn dem vormaligen Veronefer Telegrapheninspektor, kaiserl. Rathen Karl Zelli verliehen, ferner die Obertelegraphen: Emanuel Kraut und Anton Houschka zu Telegraphenstationsverwaltern in Brünn und Bozen, dann den Obertelegraphisten Alexander Angerer zum Controloren bei der Telegraphenhauptstation in Lemberg ernannt, endlich den Telegraphencommissär Joseph Kotatik in gleicher Eigenschaft von Pest nach Brünn und den Telegraphenstationsverwalter Ignaz Hofbauer ebenfalls in gleicher Eigenschaft von Marburg nach Kelagendorf überzeugt.

Nichtamtlicher Theil.

10. Verzeichniß

der gespendeten Gewinne für die unter dem Protectorate des „Laibacher Frauenvereins“ veranstaltete Wohltätigkeits-Effekten-Lotterie.

16 Stück prachtvolle Kupferstücke (von einer ungenannten wohlbenden Person), durch das öblische k. k. Bezirksamt Gotische eingefendet.

1 blaues Trinkglas, 1 großer Kupferstich in Goldrahmen (Frau Maria Kren.)

3 Stück Kupferstücke (Herr Ernst Faber.)

1 bronzer Cigarrenhälter (Herr Josef Krombholz, Pfarrer.)

6 Stück feine Leinensacktücher (Herr Johann Bartelsma jun.)

1 Marienbild, 1 rothseidene Halsschleife und 1 lederner Damengürtel (von einer ungenannten wohlbenden Person.)

1 silbernes Messer nebst Gabel (Frau Maria Hauf.)

1 Schreibzeug aus Porzellan mit Gold montirt (Herr Anton Hauf.)

2 silber-plattierte Leuchter (Herr Bezirksvorsteher Gladung.)

Nachdem mit der Anfertigung des Gewinnverzeichnißes bereits begonnen wurde, wird höflichst ersucht, allfällige zu diesem Zwecke zu spendende Gewinn-Effekten bis 15. Juni d. J. an das Geschäftsbureau des patriotischen Frauenvereines im Landhause ersten Stock einzufinden.

Laibach, am 6. Juni 1867.

5. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 4. Juni.

(Schluß.)

Abg. Dr. Hanisch anerkennt alle Vorzüge der Adresse, welche den volkswirtschaftlichen Theil, den Theil der inneren Gesetzgebung, die Verurtheilung der Siftrungspolitik betreffen; allein die Behandlung des politischen und staatsrechtlichen Theiles macht es ihm unmöglich, für diese Adresse zu stimmen, unmöglich deshalb, weil die Adresse den Rechtsstandpunkt nicht wahrt und weil er niemals zugeben könne, daß die Verfassung bloß für die außengermanischen Länder in Wirksamkeit war, was man aus der Adresse herauslesen kann. Diese Bedenken werden noch dadurch gesteigert, daß die Adresse dem Hause ohne Motive überreicht wurde und der Berichterstatter es verschmähte, vor der Discussion erläuternd einzutreten. Es wird uns nichts als Thatsachen geboten, sagt Redner, und der Schleier, mit welchem wir diese Thatsachen bedecken sollen. Die Adresse will, daß der ordentliche Reichsrath von der Thatsache der Beseitigung der Reichsverfassung ausdrücklich ausgehe; dieser Zumuthung kann ich nicht entsprechen und bin daher gegen die Adresse.

Präsident: Außer dem Herrn Berichterstatter hat kein Mitglied des h. Hauses das Wort.

Von der Ministerbank wurde der Wunsch geäußert, das Wort zu nehmen.

Finanzminister Freih. v. Becke indem er sich als Neuling im parlamentarischen Leben

erklärt, die schwierige Stellung eines österreichischen Finanzministers und den innigen Zusammenhang der finanziellen mit den politischen Fragen beleuchtet und constatirt, wie tief der durch die Siftrung der Verfassung durch 2 Jahre eingetretene Stillstand der Thätigkeit des Reichsrathes empfunden wurde, und wie daher jetzt beim ersten Zusammentritte jede einzelne finanzielle und volkswirtschaftliche Maßregel durch das Prisma des Verfassungsrechtes betrachtet wird, fährt fort:

Ist einmal die öffentliche Meinung in dieser Richtung, dann nimmt sie sich wohl schwerlich die Zeit, zu untersuchen, ob dasjenige, was gerade die finanziellen Zustände zu vertreten hat, auch in einem Zusammenhange steht mit den politischen Ursachen, welche eben mit zu den finanziellen Zuständen geführt haben, ob eine Maßregel, die vom formellen Standpunkte nicht gebilligt werden kann, sich nicht doch vielleicht an sich als eine zweckmäßige, nothwendige, als eine solche darstellt, wo unter verschiedenen Uebeln, die das Verhängniß mit sich brachte, das weniger drückende, das weniger empfindliche gewählt worden ist. Ich begreife, ich ehre diese Stimmung des h. Hauses; ich muß auch persönlich die Folgen hievon auf mich nehmen und enthalte mich, mit Worten Sie meiner constitutionellen Gesinnung zu versichern, die erst die That beweisen soll. Es hat einen österreichischen Finanzminister gegeben, welchem in den Monaten des Verfassungslabens mit einem Vertrauen und einer Hingabe entgegengetreten wurde, die vielleicht in der parlamentarischen Geschichte gerade einem Finanzminister gegenüber ohne Beispiel dasteht. Ich will hier nicht weiter darauf eingehen, wie mit diesem unschätzbaren Capitale gewirthschaftet worden ist; vielleicht wird jetzt der umgekehrte Weg zum Guten führen, vielleicht wird es dem Träger des Finanzportefeuille's, wenn ihm der parlamentarische Anfang recht saner gemacht sein wird, gelingen, durch Offenheit, Wahrheit und echte constitutionelle Gesinnung sich jenes Vertrauen zu erringen. (Bravo.) Wenn ich mir erlaubt habe, diesen meinen persönlichen Standpunkt hier mit kurzen Worten zu charakterisiren, so wird mir das h. Haus gestatten, über diejenigen Punkte des Adressentwurfs, welche finanzielle Gegenstände betreffen, im allgemeinen einige Worte zu sagen.

Gegen alles dasjenige, was im Entwurfe der Adresse in Alinea 25, 26, 27, 28 und 29 gesagt wurde, habe ich von meinem Standpunkte nichts einzubwenden. Es hat der Adressentwurf die Lage des Reiches in finanzieller Beziehung als eine höchst ernste geschildert, und es wäre der Wahrheit ins Gesicht geschlagen, wenn nur irgend ein Versuch gemacht würde zu sagen: Nein, sie ist keine ernste. Andererseits ist der Geist und die Haltung der Adresse doch so, daß der Zukunft nicht abgesprochen wird, und daß gerade aus dem constitutionellen Prinzip, welches hier einen so prägnanten und kräftigen Ausdruck findet, die Hoffnung auf Besserung geschöpft werden muß.

Ich weiß nicht, ob überhaupt und welches Gewicht das h. Haus auf meine persönliche Meinungsäußerung legen wird; allein ich erlaube mir, mich auf den Eindruck zu berufen, welchen eben der Adressentwurf in der Goldwelt, in der Volkswirtschaft und namentlich in Börsenkreisen gemacht hat. Vor einigen Tagen noch war das Silberagio bedeutend höher, als es jetzt ist, und wenn ich auch dem h. Hause nicht die Schmeichelei sagen will, daß die besserenurse durch den Reichsrath entstanden sind (Ruf links: Nein!), weil der Geldmarkt überhaupt durch die Beendigung der Luxemburger Händel und durch die Zusammenkunft der Monarchen freundlicher geworden ist, so ist gewiß nicht zu unterschätzen, daß gerade die Verhandlungen des Reichsrathes beigebringen haben, diese gute Stimmung zu vermehren und zu heben. Insbesondere erlaube ich mir aber, das Alinea 24 hervorzuheben, welches lautet: „Schon beim Beginne der vorigen Session sprach das Abgeordnetenhaus Ew. Majestät freimüthig seine Überzeugung aus, daß die Finanzlage des Reiches eine sehr ernste sei, daß die steile Benützung des öffentlichen Credites auch in Jahren des Friedens zu schweren Bedrängnissen führen müsse und endlich zu unheilsvoßen Krisen führen könne.“

Die Citation eines Ausspruches, der damals in Europa die Runde machte, ist ein Beweis der Gerechtigkeit, mit welcher die Adresse abgefaßt wurde; sie beweist, daß man nicht die Absicht hat, dem gegenwärtigen, ja nicht einmal dem Siftrungsministerium die ganze Verantwortlichkeit der Situation aufzubürden, sondern daß der Grund des Uebels weiter gesucht wird und in eine Zeit gelegt wird, in der die Reichsverfassung in

Wirksamkeit war, in der die Warnungen gegeben, aber nicht beachtet worden sind. (Bravo, sehr gut! im Centrum.)

Ich erlaube mir, dem Herrn Abgeordneten für die Handelskammer von Böhmen, welcher gestern als Minos, Aeaus und Rhadamanth auftrat, dieses Alinea ergeben zu seiner Würdigung zu empfehlen. (Rufe: Bravo! Sehr gut! rechts.) Anknüpfend an die Rede desselben hochgeehrten Herrn Abgeordneten erlaube ich mir, das h. Haus zu versichern, daß allerdings für die Bedürfnisse des laufenden Jahres in beruhigender Weise vorgesorgt worden ist. Insbesondere erlaube ich mir zu erwähnen, daß der Julicoupon vollkommen gedeckt ist. (Bravo! rechts.) Es ist ein terminus fatalis, an welchen sich vielleicht manche der früheren Herren Abgeordneten erinnern werden. Diese Deckung der laufenden Bedürfnisse stützt sich vollkommen auf das Finanzgesetz des Jahres 1867, und ich habe keine Scheu, zu erklären, daß ich glaube, mich wirklich auf das Finanzgesetz stützen zu können, denn die Ausgaben werden in keiner Weise überschritten und die Ausweise haben es gezeigt, daß Ordnung und Sparsamkeit herrscht, und die Einnahmen sind auf die möglichst sichere Basis gestellt worden, auf die Erfolge der Jahre 1864 und 1865 mit demjenigen verhältnismäßigen Abzuge, welcher den Mindereinnahmen entspricht, die in Folge des letzten unglücklichen Krieges erwartet werden konnten. Daß im ersten Quartal die Steuern zurückgeblieben sind, ist keine besonders beunruhigende Wahrnehmung, denn diese wiederholt sich jedenfalls und hat zum Theile auch einen ganz einfachen technischen Grund, da von vielen Theilen der Einkommenszweige die Steuern posticipando entrichtet werden, so daß, wenn in einem Lande, wie Ost-Galizien, die Grundsteuern posticipando für ein Vierteljahr entrichtet werden, erst am 1. April die Steuerzahlung kommt und das erste Quartal in den Ausweisen nicht als vollkommen entrichtet erscheinen kann. Uebrigens habe ich die Befürchtung, daß im Monat April die Steuerzahlung sich bedeutend gebessert hat. Es liegen mir die Ausweise der Rechnungsabtheilungen vor, nach welchen die deutsch-slawischen Kronländer zusammen um 2.057.000 fl. mehr gezahlt haben, als es der Voranschlag für April auswies, und daß der Finanzverwaltung seit langen Jahren wieder das Vergnügen bereitet worden ist, daß gegen die Einnahmen des gleichen Monates im Vorjahr eine Befreiung sich ergeben hat.

Diese Ausweise betreffen das Königreich Ungarn nicht, wo der Ausweis nur bis Ende März reicht; ich hatte aber Gelegenheit, neulich vom ungarischen Finanzlandesminister zu vernehmen, daß auch in Ungarn die Einnahmen etwas kräftiger fließen, und was merkwürdig ist, daß von allen Gefällen gerade das Tabakgefälle gegen das Vorjahr eine Zunahme zeigt, was daher kommt, daß der Begriff für Gesetzlichkeit in Ungarn ein so lebendiger ist, daß viele Leute, welche früher geschwärzten Tabak rauchten, sich jetzt des ärarischen bedienen. (Heiterkeit.) Ich kann auch die Versicherung geben, daß eine gesteigerte Thätigkeit der Notenpresse über die Grenzen des Gesetzes vom 15. August in keinem Falle platziere wird. Ebenso kann ich mit voller Beruhigung versichern, daß die kostspieligen und dräuenden Depot- und Vorschüßgeschäfte, bei deren Nennung es mir schwer fällt, meine Objectivität zu behaupten, nicht vorgenommen werden. Es sind noch dreierlei Vorschüßgeschäfte im Zuge. Das eine betrifft die 30 Millionen Kriegsentschädigung, welche an Preußen entrichtet wurden. Hieron sind bereits 15 Millionen abgestossen und die Deckung ist durch die Bons der italienischen Regierung für die Entschädigung, die Österreich von Italien zu bekommen hatte, hergestellt. Das zweite Vorschüßgeschäft, das abgeschlossen wurde, betrifft die Nationalbank, welche in den Unglücksstagen des Juli 1866 von der kaiserl. Regierung genötigt worden ist, 60 Millionen in Banknoten Vorschuß zu leisten, unter der Versicherung, daß binnen Jahresfrist vom abgeschloßenen Frieden diese Summe in Banknoten wieder zurückgestellt wird.

Nach den Vorkehrungen, welche das Gesetz vom 15. August getroffen hat, ist dies eigentlich nur ein Notenverwechlungsgeschäft und wird so abgewickelt, daß jetzt nur mehr 21 oder 22 Millionen ausstaften und diesfalls durchaus keine Anstände bestehen.

Endlich ist noch mit dem letzten steuerfreien Anlehen ein Vorschüßgeschäft verbunden, welches ich jeden Tag abzustossen in der Lage bin; dieses Geschäft hängt mit Creditoperationen zusammen, deren Details uns jedoch zu weit führen würden.

Allerdings hätte die Finanzverwaltung jetzt die Gelegenheit, ein sehr vortheilhaftes Vorschüßgeschäft zu machen. Dieser Tage sind mir 11° Millionen Gulden bar gegen 4 Perc. Interessen angeboten worden. Ich habe mich noch nicht entschlossen und würde es auch keinesfalls thun, wenn die Sache nicht vor den hohen Reichsrath gebracht und von demselben approbiert worden ist. (Zustimmung.)

Wenn ich sonach die augenblickliche Finanzlage betrachte, so ist sie durchaus nicht beunruhigend und ich glaube, daß die Thronrede mit Recht sagen kann, der hohe Reichsrath sei in der Lage, sich frei von Verlegenheiten und Forderungen des Moments mit den hochwichtigen Aufgaben zu beschäftigen, die seiner auch in finanzieller Beziehung harren.

Der Minister zeigt hierauf, daß noch viel zu thun bleibe, um eine dauerhafte Besserung der Staatsfinanzen zu erzielen, daß der Schwerpunkt auf den Ausgleich mit Ungarn fallen und von der Art und Weise, wie dieser ausfällt, die Existenz, die Erhaltung des Staats-credits abhängen werde.

Den Standpunkt, den die Regierung hiebei einnimmt, könne er in kurzen Worten bezeichnen. Er kann, wie dies in der Allerhöchsten Thronrede angedeutet wurde, nur der einer vollkommenen Unparteilichkeit, der Standpunkt der Reichseinheit und des Reichsinteresse's sein.

Denn, ganz finanziell gesprochen, wenn zwischen zwei Theilen eine bisher gemeinschaftlich getragene Last vertheilt und in derselben Summe und Ziffer getragen werden soll, so ist es nothwendig, daß sie gleichmäßig vertheilt werde; denn derjenige Theil, dem zu wenig aufgebürdet würde, würde eben nur seinen zu gering bemessenen Anteil leisten, und derjenige, dem zu viel aufgebürdet würde, würde dasjenige, um was er überbürdet wurde, nicht leisten, und somit entstünde ein Deficit, das eben die Gesamtheit tragen müsse. Der Standpunkt vollkommener Unparteilichkeit ist also gegeben und wird eingehalten werden.

Nachdem der Minister hierauf die Beschränkung des Zusammentretens der Delegationen als wünschenswerth erklärt und die Einwendungen der Abgeordneten Ryger und Hanisch widerlegt, geht er auf jene Punkte der Adresse über, in welchen dem Ministerium das tiefe Bedauern darüber ausgesprochen wird, „daß noch vor kurzem, ohne die Mitwirkung der Volksvertretung abzuwarten, außerordentliche Verpflichtungen für den Staatschatz eingegangen und weitaussehende Unternehmungen begonnen wurden, welche große Ausgaben für die Zukunft in Aussicht stellen.“

Der Minister sagt hierüber:

Im Verlaufe der Debatte ist dieses Bedauern zu einem förmlichen Vorwurfe zugeplättzt worden. Ich persönlich — und ich glaube, daß ich dabei wohl die Meinung der Gesamtregierung vertrete — kann dieses Bedauern nur theilen. Es ist sehr bedauerlich, daß die Verfassungszustände so complicirt sind, daß nicht immer zu dem nächstliegenden gegriffen werden kann. Wenn man bedenkt, daß das Zusammentreten des hohen Reichsrathes durch eine längere Zeit angekündigt war und daß daher Alles darauf gesetzt sein mußte, daß insbesondere in finanzieller Beziehung eine sehr ernste Prüfung vorgenommen werden, so wird doch wohl niemand annehmen, daß Finanzministerium habe mutwillig die Verantwortlichkeit für Dinge übernommen, welche einfach nach dem gewöhnlichen burokratischen Geiste bis zum Zusammentritte des Reichsrathes hätten verschoben werden können. Wenn jenes geschehen ist, so hat das tiefer liegende Gründe, und diese Gründe lassen sich deduciren von der einen Seite aus dem Axiom, daß das materielle Leben nicht stille steht und für dasselbe insbesondere nach einer Kriegsperiode und nach Leiden, wie sie über Österreich gekommen sind, unaufhaltlich vorgesorgt werden muß, und von der anderen Seite daran, daß der hohe Reichsrath in Folge der Wichtigkeit seiner Verfassungsbeschäftigungen wohl nicht so schnell in die Lage gekommen wäre, concrete Fragen und vielleicht darunter solche in die Hand zu nehmen, über deren formelle Competenz gewiß von Seite der Regierung nicht der mindeste Zweifel ausgesprochen werden kann und darf, wo aber doch die Opportunität zu gebieten scheint, wenn es vermieden werden kann, nicht zu voreilig vielleicht einen Zankapfel in das Werk des Ausgleiches zu werfen.

Inwiefern es der Regierung und speziell dem Finanzministerium gelingen wird, die Indemnität einzuholen, wird sich wohl erst im weiteren Verlaufe ergeben, wo die Rechtfertigung vorgebracht und die betreffende Vorlage gewiß nicht in summarischen Ausweisen, nicht in burokratischem Geiste, sondern mit Hinweisung auf die Forderungen des wirthschaftlichen Lebens wird geleistet werden. (Bravo! Bravo!)

Ministerpräsident Freih. v. Benuß:

Meine hochgeehrten Herren! Es ist heute das erste mal, daß ich in dieser hohen Versammlung das Wort ergreife, und indem ich es thue, bin ich mir vollständig bewußt, daß es nicht eine leichte Aufgabe ist, der ich zu genügen habe.

Nicht Jahre, Monate nur sind es, nach denen ich rechne, nicht nur in der Regierung, die ich hier zu ver-

*) In der gestrigen Tagesrevue war aus Versehen die Ziffer: sechs enthalten.

treten die Ehre habe, sondern im Reiche, dem anzugehören ich mich jetzt glücklich schäze, und zu dessen Vertretung ich schon nach so kurzer Zeit zu sprechen berufen bin.

Und bedarf es wohl eines Wortes über die Schwierigkeiten der politischen Lage, in der mir diese Aufgabe gestellt wird? Die Kundgebung, welche das hohe Haus zum ersten Gegenstande der Berathung macht, spricht sich ja deutlich genug hierüber aus.

Allein gleichwie diese Lage mich nie mutlos gemacht hat, sondern mir nur den ernsten Willen eingibt, meine schwachen Kräfte, so lange es mir vergönnt ist, der Ausbahrung einer besseren Zukunft zu widmen, an die ich mit voller Ueberzeugung glaube, so trete ich getrost in die Mitte dieser hohen Versammlung mit dem festen Vertrauen, ich darf sagen mit der frohen Zuversicht, daß meinen Bestrebungen daselbst ein billiges Urtheil nicht fehlen, daß namentlich der Redlichkeit meines Willens Gerechtigkeit widerfahren wird. (Bravo! sehr gut!)

Hochgeehrte Herren! Mögen Sie diese Ansprache, mit der ich mich gewissermaßen in Ihre Mitte einzuführen für nothwendig halte, nicht missdeuten; es ist weder falsche Bescheidenheit, noch Ueberhebung, die mich bestimmt, damit zu beginnen.

Der Gedanke, der mich leitet, ist der, daß ich wünschen muß, unter den unausbleiblichen Folgen persönlicher Verhältnisse nicht die Regierung, die ich vertrete, und die Sache, die ich hier zu vertheidigen habe, leiden zu sehen.

Das hohe Haus wird vielleicht, und ich hoffe es, in seiner Mehrheit den Weg, den die Regierung zuletzt eingeschlagen, billigen, aber möge dasselbe es die Regierung nicht entgelten lassen, wenn deren erster Vertreter, welcher in dem kurzen Abschnitte seiner Thätigkeit seine volle Zeit den laufenden Geschäften unter ungewöhnlichen Umständen widmen und mit Personen und Dingen in ausgedehntester Weise sich bekannt machen mußte, nicht jene Specialkenntnisse in die Verhandlung bringt, die man unter anderen Verhältnissen von dem ersten Minister zu fordern berechtigt ist.

Gestatten Sie mir aber auch, diesem Bekanntnisse einer Unvollkommenheit eine andere Betrachtung zur Seite zu stellen, die vielleicht dieselbe in Ihren Augen etwas ausgleichen kann.

Ich wurde in dies große und schöne Reich berufen, um dessen auswärtige Politik zu leiten. Daß ich bei der Verfolgung dieser Aufgabe bald zur Ueberzeugung gelangen mußte, Österreichs Stellung nach außen, sein Einfluß, sein Credit sei nur dann wieder zu gewinnen und zu befestigen, wenn die angebahnte, aber noch aussichtslose Verständigung mit Ungarn zu einem entschiedenen Abschluß gebracht, gleichzeitig aber in den übrigen Ländern der Monarchie ein gesicherter verfassungsmäßiger Zustand wieder hergestellt und ein freisinniges Regiment zur Geltung gebracht wird, das, meine Herren, hat wesentlich zu der Wendung beigetragen, die seitdem eingetreten ist, einer Wendung, die Europa mit achtungsvollem Beifalle begrüßt hat und welche der Entwurf der Adresse im Großen und Ganzen als eine durch die Umstände gebotene und keineswegs aussichtslose annimmt.

Denn, meine Herren! wenn das hohe Haus, wie der Entwurf der Adresse ihm anrath, Tadel über Geschehenes verhängt, ernste Ermahnungen und Forderungen für die Zukunft stellt, so erblicke ich hierin ein Programm, welches lautet: Nicht rückwärts, sondern vorwärts. (Lebhafter Beifall von allen Seiten.)

Meine Herren! Die Regierung weist dieses Programm nicht von sich. Es wird darauf wesentlich ankommen, daß die Regierung und die Reichsvertretung über die Art und Weise, wie es zur Ausführung zu bringen sei, sich verständige, wozu vor allem die Herstellung eines vollständigen Ministeriums gehört, eine Vorbedingung, für deren Verwirklichung es an einer aufrichtigen Bestrebung nicht gefehlt hat.

Es ist dies eine Bemerkung, womit ich den Einreden eines der heutigen geehrten Vorredner entgegen zu sullen glaube. Aber, meine Herren, jedenfalls liegt hier ein Programm vor, und das hohe Haus würde ein solches Programm nicht aufstellen können, wäre nicht ein verfassungsmäßiger Boden da, auf welchem es in Angriff genommen werden kann. Und daß dieser verfassungsmäßige Boden wieder gewonnen ist, dafür darf ich allerdings für das jetzige Ministerium einen Anteil beanspruchen. Ich darf namentlich an das hohe Haus Berufung darüber einlegen, ob die constitutionelle Lage, wie das jetzige Ministerium sie herbeiführt hat, den Namen verdient, den gestern ein geehrter Sprecher ihr beilegte, nämlich den einer steigenden Confusion. (Bewegung.)

Nun werden mir allerdings verschiedene der geehrten Mitglieder einwenden, ich hebe nur die Lichtseiten der Lage heraus und verschweige die Schattenseiten. Sie werden sagen, um welchen Preis ist denn die Wiederherstellung der Februarverfassung gewonnen?

Nun, meine Herren, ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, der Preis ist der Ausgleich mit Ungarn, und ich erinnere mich sehr wohl, daß zu der Zeit, wo die neueste Wandlung in Österreich vorging, man diesen Preis nicht zu hoch fand, und doch kannte man das 67er Elaborat, man wußte, daß das ungarische Ministerium

ernannt sei, man wußte, daß die ungarische Verfassung hergestellt werde.

Damals — ich erinnere mich dessen sehr wohl — herrschte in den Kreisen, welchen die Mehrheit dieses h. Hauses angehört, mehr Freude als Schmerz, mehr Hoffnung als Besorgniß.

Ich verlasse mich nicht darüber, daß diese Stimmung sich geändert hat, es liegt im natürlichen Lauf der Dinge, daß das Gute bald vergessen und das Fälsige mit jedem Tage mehr empfunden wird, allein was ich beanspruche, das ist ein unbefangenes Urtheil darüber, was geschehen ist, eine unbefangene Zubetrachtnahme der Umstände und Verhältnisse, unter denen es geschehen ist.

Ich vernahm gestern mehrmals das Wort von Programmen und Experimenten der Regierung. Als ob in der ungarischen Frage es sich darum gehandelt hätte! Wir haben von zwei geehrten Vorsprechern eine sehr bedeute Darstellung über die Vorteile einer einheitlichen Gestaltung des Reiches, über die Nothwendigkeit einer alle Theile des Reiches umfassenden Executive, über das Bedürfniß einer strafferen Zusammenfassung aller Kräfte des Reiches vernommen.

Das ist gewiß alles sehr beachtenswerth und verwirkt in der vollendetsten Weise das Ideal einer solchen Organisation, wie sie Österreich anempfohlen wird, um seinen einheitlich gestalteten, mächtigen Nachbarn ebenbürtig zur Seite zu treten. Allein die geehrten Herren scheinen mir dabei nur zu vergessen, daß Österreich anders zusammengelegt und gestaltet ist, als diese mächtigen Nachbarn. (Bravo! rechts.) Es ist bemerkenswerth, daß dieselben Stimmen, welche immer und immer wieder als böse Propheten auf die zusammengepreßte, eingeengte geographische Lage Österreichs hinweisen, zugleich verlangen, Österreich solle so vorgehen, wie jene Staaten, die zum Nachbar das Weltmeer haben, und es werden jene geehrten Sprecher mir erlauben, auf den Unterschied hinzuweisen, der in der geographischen Lage zwischen Ungarn und Irland und den Südstaaten der amerikanischen Union besteht. (Bravo!)

Also, meine Herren, es handelt sich, wie ich schon vorhin sagte, für uns nicht darum, nach einer gut ausgedachten Theorie das Beste zu thun, was überhaupt geschehen könnte, hier waren die Verhältnisse gegeben.

Ich habe gewiß am wenigsten den Beruf, über das mich auszusprechen, was in früheren Zeiten in Österreich geschehen ist; aber wenn ich Rechenschaft ablegen soll von dem, was ich selbst gethan habe oder habe thun helfen, so kann ich die Beweggründe, die mich bestimmten, eben so wenig als die Umstände übergehen, unter denen ich handelte, ich kann mit einem Worte den historischen Verlauf nicht ignorieren.

Und so darf ich denn fragen: War es meine oder des jetzigen Ministeriums Schuld, wenn zehn Jahre, welche nach der Niederwerfung des ungarischen Aufstandes verstrichen, und in welchen die Einberufung eines ungarischen Landtages genügt hätte, um Ungarn in einer für die übrigen Theile der Monarchie vortheilhaftesten Weise zu befriedigen, unbürgt gelassen wurden? (Rufe: Sehr gut! Sehr wahr!) Bin ich dafür verantwortlich zu machen, wenn vier Jahre frischen constitutionellen Lebens in Österreich in der ungarischen Frage nur dazu führten, daß jener jetzt so verpönte Dualismus in der Weise schon damals hervortrat, daß der eine Theil, nämlich der diesseitige, verfassungsmäßig und der andere der ungarische, verfassunglos lebte? (Beifall rechts.) Und endlich ist, es mir beizumessen, wenn nach diesem allen der allerding, wie ich glaube, unvermeidliche Schritt einer directen, gesonderten Verständigung mit Ungarn erfolgte und erfolgen mußte, wenn man den Haupthübel aus den Händen gab, um das diesseitige Interesse zu wahren, und den Reichsrath, der allein das gleichgewichtige, weil vollgewichtige Votum zu gewährleisten vermochte, außer Wirksamkeit treten ließ? (Beifall links.)

Meine Herren! Es haben sich allerdings die Daten in der Verfassungsgeschichte dieses Reiches so gehäuft, daß sie manchmal sich unwillkürlich verschlieben. Ich hatte gestern die Überraschung, zu vernehmen, daß das jetzige Ministerium eigentlich auch am Verluste der Schlacht bei Königgrätz mitschuldig sei (Heiterkeit); denn ein geehrter Herr Redner sagte, nicht die Sisirung sei an dieser Niederlage schuld, sondern das Abgehen von der Sisirung. (Große Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, nach diesen drei Stadien, die ich eben hervorgehoben habe, war keine Wahl gegeben; nach diesen drei Stadien kamen die Sachen nicht anders kommen, als sie gekommen sind, und ich darf es noch immer als eine glückliche Wendung und ohne Anmaßung darf ich hinzufügen, ich kann es noch als ein Verdienst der Regierung bezeichnen, daß die Sache so gemacht worden ist, daß der Krone der Vortheil der freien Initiative gelassen wurde, und daß die neue Ordnung der Dinge in Ungarn mit einem Ministerium begonnen werden konnte, welches, gestützt auf die große und nationale Majorität, ein gemäßiges, ein dynastisch gesinntes (Bravo rechts), ein gut ungarisch, aber auch gut österreichisch gesinntes ist. (Beifall.)

Wenn ich hier von der Unvermeidlichkeit des endlichen Ausganges spreche, will ich ganz absehen von den unglücklichen Zwischenfällen, die sich zutragen, ich sehe ab von dem unheilvollen Kriege und dessen traurigem Ausgang, von einem Frieden, welcher Österreich die Anlehnung an Deutschland benahm, von der Schwäche,

die daraus hervorging, von der allgemeinen Muthlosigkeit, die sich dann verbreitete, von dem allen sehe ich ab. Was mir aber damals besonders entgegentrat und mir anschaulich wurde, das war Eines, daß nämlich wenn man mit einem Volke und einem Lande, welches seit Jahrhunderten Verfassung und Verfassungsleben mit der Muttermisch eingesogen hat, über Jahr und Tag über die Frage verhandelt, daß ihm und wie ihm seine Verfassung zurückzugeben sei, in diesem Lande, von dem Obersten bis zum Untersten herab — wie es auch der Fall war — die Ueberzeugung und Gewissheit Platz greifen müste, daß ihm seine Verfassung nicht vorenthalten werden könne und unverkennbar zurückgestellt werden müsse, und unter solchen Umständen ist es etwas nicht ganz Geringes, daß die Sache sich so gestaltete, daß der ungarische Landtag nach Königgrätz mehr zugestanden hat, als er vor Königgrätz gehabt hat.

Es mögen manche Details in diesen Verhandlungen wesentliche Lücken zeigen und gerechten Anfechtungen unterliegen, ich hatte, was die Details betrifft, damals diese Verhandlungen nicht in erster sondern im zweiten Linie zu leiten. Ich lehne deshalb durchaus keine Verantwortung von mir ab, aber ich bewahre aus dieser Zeit die Ansicht und Ueberzeugung, daß eine spröde Haltung von unserer Seite bessere Erfolge nicht erzielt, sondern den Abbruch zur Folge gehabt haben würde. Nach diesem Abbruch aber, meine Herren, hätte unvermeidlich ein Zustand eintreten müssen, zu dessen Aufrechthaltung es noch anderer Mittel bedürft hätte, vielleicht, ja wahrscheinlicher Weise, als Verfügungen der Centralregierung und Beschlüsse der Reichsvertretung, wenn diese einberufen worden wären. Ich bin gewiß kein Schwarzseher. Sie werden diese Eigenschaft noch nicht an mir bemerkt haben, wäre ich es, ich stände nicht an diesem Platze, ich habe auch in anderen Verhältnissen des öffentlichen Lebens gezeigt, daß ich vor äußersten Extremen und Eventualitäten nicht zurücktrete und sie aufnehme, aber jede gewissenhafte Regierung muß in solchen Lagen danach fragen, ob eine extreme und abnormale Lage zu vermeiden sei, und welche Kraft sie habe, um ihr gegenüber zu treten und wenn sie die Frage dahin beantwortet, daß die Lage zu vermeiden möglich sei und daß sie erstarke oder zu erstarke habe, so bleibt ihr keine andere Wahl zu treffen übrig, als diejenige Wahl, welche die Regierung getroffen hat.

Meine hochgeehrten Herrn! Ich kann nur lebhaft wünschen, daß Sie auf das gewissenhafteste und strengste den Aufgaben nachkommen, welche die Adresse sich selbst gestellt hat, daß auf der Grundlage der eingetretenen neuen Verhältnisse die diesseitigen Interessen gewahrt werden, so viel es immer geschehen kann, aber treten Sie nicht wieder auf das Terrain des Wartens. Damit ist wenig zu erreichen. (Bravo, sehr gut!)

Der europäische Umgestaltungsprozeß, der wartet nicht, und die Reiche, die ihm gegenüber ihren Platz behaupten und befestigen wollen, sie müssen mit den gegebenen Verhältnissen rechnen, nicht mit bloßen Theorien und Wünschen. (Bravo! Gut!)

Und nun noch eine Bitte, meine Herren! Lassen Sie nicht etwas in ihre Berathungen und in die Verhandlung dieser Angelegenheiten eintreten, was ich so oft früher aus der Ferne in dem Vorgehen der kaiserlichen Regierung mit Schmerz beobachtete, weil ich wahrnehmung musste, daß die besten und edelsten Absichten damit vereitelt werden: und das ist das zum Prinzip und zur Regel erhobene Misstrauen.

Misstrauen ist ein Gebot der Nothwendigkeit, aber als solches muß es anerkannt werden, nicht aber die Basis sein des Vorgehens im öffentlichen Leben. Und glauben Sie mir: Nach meinen Erfahrungen werden Sie mit einem vorsichtigen, auf Reciprocität basirten Vertrauen gegenüber der ungarischen Regierung und dem ungarischen Landtag weiter kommen, als mit einem zerstörenden Misstrauen.

Und lassen Sie mich noch eine Betrachtung daran knüpfen, die gewiß nicht unpraktisch ist und die nicht nur der Regierung die Absolution für die Vergangenheit erleichtern, sondern auch für die Zukunft eine praktische Lehre sein soll.

Bald, nachdem das Abkommen mit Ungarn getroffen war, ist bekanntlich der Luxemburger Conflict ausgebrochen. Ich darf es wohl dankbar annehmen, daß selbst der Adressentwurf für die kaiserliche Regierung ein anerkennendes Wort enthält, ich darf diesen freundlichen Ausspruch als nicht ganz unverdient bezeichnen.

Nun aber, meine Herren, glauben Sie wirklich, daß eine vermittelnde Macht in einer solchen Frage ihren Zweck damit erreicht, daß sie in mehr oder weniger gelungenen Noten den streitenden Theilen die Vorzüge des Friedens und die Nachtheile des Krieges zu Gemüthe führt, oder daß sie den Zweck damit erreicht, daß sie vielleicht eine glückliche Form für den strittigen Punkt aufzustellen weiß? Nein, der Hauptthebel liegt darin, ob der Staat, der vermittelte, ein Factor in den Berechnungen des Krieges und Friedens für die streitenden Theile ist. (Bravo, sehr richtig!) Das hätten wir nun und nimmer hier erreichen können, wenn wir eine brennende, offene, innere Frage gehabt hätten, wie es noch vor wenigen Monaten die ungarische war. Und diesen Vortheil des getroffenen Ausgleiches bitte ich nicht zu gering anzuschlagen.

Ja ich gehe weiter, ich muß aus vollster Ueberzeugung die Meinung aussprechen, daß, wenn die Sachen in der ungarischen Frage nicht so gestanden wären, wie sie eben gestanden sind, Oesterreich nicht nur nicht das dankbare Geschäft des Vermittlers überkommen hätte, sondern auch, daß wahrscheinlich heute der Krieg schon ausgebrochen wäre, weil es eben hier als Factor für die Berechnung des Krieges und nimmer in die des Friedens eingezogen worden wäre.

Ich erlaube mir noch einige Worte der Entgegnung auf die Ausführungen der geehrten Mitglieder aus Kroatien.

Es haben diese geehrten Herren in verschiedenen Richtungen sich zu Vertheidigern des gefallenen Systems gemacht. Ich erlaubte mir schon vorhin zu sagen, daß es nicht mein Veruf sei, das anzugreifen, was vor mir geschehen ist, also um so weniger einer Vertheidigung dessen, was vorher geschehen ist, entgegenzutreten, allein ich muß doch entschieden widerstreiten, wenn diese geehrten Herren zugleich darauf hindeuten, es besthehe auf Seite der Regierung gegen das slavische Element in Oesterreich, gegen die slavische Nationalität eine sehr fühlbare Abneigung, die sich als Tendenz documentire. Ich weiß sehr wohl, daß ich selbst nicht eine sehr beliebte Persönlichkeit beim slavischen Elemente für den Augenblick bin (Heiterkeit); ich verlasse das sehr ernstlich, kann aber auch zugleich versichern, daß, was auch von dieser Seite geschehen möge, um diese Abneigung vielleicht hier und da zu documentiren, mich nie in der Objectivität meines Urtheil stören wird (Bravo, Bravo), allein meine Herren, nur soll man nicht behaupten, daß umgekehrt auf Seite der Regierung oder irgend einer Persönlichkeit eine vorgefasste Meinung oder gar eine Abneigung besteht.

Man nannte die Auflösung der Landtage als Beweis dafür, daß man das slavische Element hätte entfernen wollen. Ja, meine Herren! wenn das der Gedanke der Regierung gewesen wäre, so hätte dieselbe den ersten Tag, wo das neue Regiment eingetreten war, anfangen müssen, die Landtage aufzulösen, um das zu thun; allein im Gegentheile, man ließ die Landtage bestehen, und es war dem slavischen Elemente vollste Chance gegeben, hier in Wien zu erscheinen und eine Majorität zu bilden. Daß es nicht davon Nutzen gezogen hat — ich habe es vielleicht nicht zu beklagen, aber wenigstens habe ich es Ihnen gegenüber nicht zu verantworten. (Bravo, Bravo! links. Große Heiterkeit.) Einer der geehrten Herren sprach davon, die Regierung habe Scheidewasser ausgegossen über den böhmischen Landtag. Ich weiß nicht, ob das gerade der richtige Ausdruck für Maßregeln ist, die verfassungsmäßig von der Regierung innerhalb der gesetzlichen Grenzen getroffen werden, das aber weiß ich, daß die Adresse, welche der Landtag an die Regierung brachte, ein Scheidebrief war, nicht ein Scheidewasser (Bravo!) und die Regierung glaubte, es sei gut, diesen Scheidebrief den Landtagen aus den Händen zu nehmen. (Sehr gut! Bravo links!)

Ich möchte aber recht sehr die geehrten Herren von dieser Seite (der Minister wendet sich zur Rechten) darauf aufmerksam machen, wie denn auch hier die thatfächlichen Verhältnisse liegen.

Man hat lange geschrieben und gesprochen über die Art und Weise, wie sich schließlich die Dinge gestalten würden, es wurde darüber viel geschrieben und viel gezweifelt, ob der sogenannte verfassungsmäßige oder der namenlose Reichsrath zu Stande kommen werde; er ist zu Stande gekommen, er hat sich constituiert, er wird sich consolideren (Bravo! links); das sollten die geehrten Herren nicht vergessen, und sollten weiter nicht vergessen, daß Wünsche und Hoffnungen, die sehr begreiflich sind, die aber nur entstanden, weil man sich von diesen verfassungsmäßigen Zuständen entfernt hatte (Oho! rechts), daß diese Hoffnungen und Bestrebungen, denen ich eine gewisse Berechtigung ja nicht abspreche, nur dann allein Befriedigung finden können, wenn diese Elemente sich den verfassungsmäßigen Zuständen wieder nähern, wenn sie hier in dem Hause den Platz suchen, wo in offener und loyaler Weise der Kampf ausgetragen werden kann, wo jede Beschwerde vorgebracht werden kann (Sehr wahr! Centrum), und, meine Herren! Sie haben erst heute einen Redner von dieser Seite (links) gehört, der auf das wärmste für Ihre Rechte und Ansprüche sich ausgelassen hat — wenn dieser Weg eingeschlagen wird, bin ich überzeugt, daß gleichwie die Regierung, was ich verbürgen kann, auch der Reichsrath und das Haus der Abgeordneten namentlich Ihren Wünschen in der möglichsten Weise gerecht werden und jedenfalls mit Unparteilichkeit die vorgebrachten Beschwerden und Wünsche beurtheilen wird. (Bravo! links.)

Meine Herren, ich muß Ihnen noch Eines zu Gemüthe führen. Für jede Beunruhigung der Gemüthe, wenn sie von innen heraus kommt, wird die Regierung, wie der Reichsrath ein aufmerksames, ein wohlwollendes Auge haben; für eine Beunruhigung der Gemüthe aber, die von außen hineingetragen wird, für dieselbe wird die Regierung und die Reichsvertretung auch ein aufmerksames, aber ein strenges Auge haben! (Stürmischer Beifall von allen Seiten, Händeklatschen.)

Es hat einer der geehrten Redner gesagt: Soll denn die Nationalitätenfrage, die ganz Europa bewegt, an Oesterreich spurlos vorübergehen? Nun, meine Herren, ich glaube dafür brauchen wir nicht zu sorgen

(Heiterkeit), aber sorgen wir dafür, daß sie gefahrlos an Oesterreich vorübergehe. Reichen wir die Hand der Versöhnung nach allen Seiten hin (Bravo links und im Centrum), und Europa wird uns danken, daß vielleicht Oesterreich es ist, welches die Nationalitätenfrage ihrer Hauptgefahr entkleidet und bewirkt, daß sie nicht mehr eine bewaffnete Beunruhigung, sondern ein Element der Verhüllung werde. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Berichterstatter Dr. Herbst wendet sich zuerst gegen jene Einwendung, die ein Redner (Toman) berührte, das alte Thema der Verfassungsmäßigkeit. Dr. Herbst sagt: Dieser Abgeordnete nahm dem Reichsrath das Prädicat der Verfassungsmäßigkeit. Mir scheint denn doch behauptet werden zu können, daß durch die Zurückweisung der Grundgesetze unserer Verfassung seitens Ungarns die Wirksamkeit derselben für jene Länder, in denen sie Geltung erlangten, doch nicht befeitigt werden könne; ich müßte sonst fragen: auf wen sollen denn diese Rechte übergegangen sein, welche die Grundgesetze einräumten? An die Landtage gewiß nicht! also an die absolute Gewalt! Was aber das für ein verfassungsmäßiger, freiheitlicher Fortschritt sein sollte, sehe ich nicht ein! (Heiterkeit.)

Derselbe Abgeordnete hat behauptet, daß das Prinzip der Sistirung ein gutes war, daß nur die Ausführung schlecht gewesen, und er lobt daher die Sistirung wegen des ihr zu Grunde liegenden Principles: „Begründung der Wohlfahrt.“ Ja, meine Herren! daß eine Regierung kommt und sagen wird: „Ich will nicht die Wohlfahrt begründen,“ das ist noch nicht dagewesen, und daß man sagt: Das Prinzip ist gut, weil es die Wohlfahrt begründet will, schlecht war es nur, weil es sie nicht begründet hat, das ist etwas sonderbar. (Große Heiterkeit links.)

Ich komme zur allerwichtigsten Frage, zur Frage des Ausgleiches. Hier scheint mir der Edegang der Adresse ein ganz natürlicher zu sein. Es wird zunächst das Bedauern darüber ausgesprochen, daß es den legalen Vertretern der nichtungarischen Länder bisher nicht möglich war, sich bezüglich der zu treffenden Vereinbarung mit Ungarn zu äußern. Freilich wurde von einem Abgeordneten gesagt, die Wiederherstellung der ungarischen Verfassung sei nicht möglich, insoweit sie sich auf die partes adnexae beziehe. Wahrschlich, es ist doch wunderbar, wie derselbe Herr Abgeordnete, der da behauptet, das Abgeordnetenhaus habe nicht einmal das Erste, was man überhaupt haben kann, den Namen, denselben auf einmal eine Action über die Grenze der von ihm vertretenen Länder hinaus vindiciren will; es sollte entscheiden, ob die ungarische Verfassung gilt, weil sie die Rechte der Kroaten verletzt! (Heiterkeit.) So entsteht ganz unabhängig von der Rechtsfrage die Frage: Was ist nun zu thun? Ich antworte darauf, in die Ausgleichsverhandlung muß jetzt jemand eintreten, der nicht das ungarische Interesse im Auge hat, sondern der das Interesse dieser hier vertretenen Länder im Auge hat, und dieser „Demand“ sind wir. (Rufe links: Sehr richtig!)

Das einzige Mittel hiezu sind aber die Ausgleichsverhandlungen — denn als solche fasse ich die Sache auf. Darüber dürfte auch, wenn man die Sache genau nimmt, Einigkeit herrschen. Nur darüber herrscht Meinungsverschiedenheit, daß man sich fragt: Wenn die Verhandlungen zu keinem unsre Interessen wahren Resultate führen, was dann? Die Einen meinen daher, man müsse unbedingt auf dem Boden der Verfassung stehen bleiben, um sich diesen Boden für den Fall des Rückzuges offen zu halten, wenn die Ausgleichsverhandlung zu keinem Ziele führt. Allein ein solcher Vorbehalt dürfte nur geeignet sein, den Beginn der Verhandlung selbst unmöglich zu machen, und diesen Vorwurf sollten wir denn doch nicht auf unser Gewissen laden.

Diese Frage darf bei dem Erste unserer Lage überhaupt nicht so gestellt werden; unser aller Pflicht ist es zunächst, daß ein Boden der Versöhnung und Vereinigung gewonnen werde, auf dem die Wahrung der Interessen aller Theile der Monarchie möglich ist, und dies geschieht eben durch die Ausgleichsverhandlung. (Beifall.)

Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident Freiherr v. Beust theilt sohn dem Hause eine kais. Botschaft mit, durch welche der Reichsrath zur Krönung eingeladen wird, worüber das Haus in vertraulicher Sitzung sogleich nach Schluß der öffentlichen zu berathen beschließt.

Präsident bestimmt die nächste Sitzung mit Rücksicht auf die große Zahl der noch eingeführten Redner (28) für heute Abends 8 Uhr (Bestimmung), und ersucht die Ordner, die Räumung der Galerien zu veranlassen.

Schlüß der (öffentlichen) Sitzung 2 Uhr 35 Minuten.

In der hierauf abgehaltenen vertraulichen Sitzung wurde beinahe einstimmig der Beschluss gefaßt, daß das Haus das Präsidium ersuche, als Deputation deselben der Krönungsfeier beizutreten, und daß es ferner jedem Abgeordneten freistehet, sich dieser Deputation anzuschließen.

6. (Nachl-) Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 4. Juni.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister: Freiherr v. Beust, Ritter v. Komers, Freiherr v. Becke, Graf Taaffe.

Präsident eröffnet die Sitzung um halb 9 Uhr Abends.

Se. Excellenz Justizminister Ritter v. Komers theilt mit daß die Regierung beabsichtigt, noch in dieser Reichsrathssession ein Strafgesetz, eine Strafprozeßordnung, eine Civilprozeß- und Concurssordnung, ein Gesetz über Abhandlung der Verlassenschaften und über Behandlung der Pflegeschaften, eine Grundbuchsordnung, ein Gesetz zur Einführung der Friedensgerichte, ein Gesetz über die Stellung der Richter und den Organisationsentwurf für die Gerichte dem Hause vorzulegen. (Bravo.)

Sohin fährt der Herr Justizminister fort: Ich muß es dem erleuchteten Ermessen des h. Hauses anheimstellen, welche Zeit dazu benötigt würde, solche umfangreiche Gesetze durchzuberathen, wenn dabei die Vorschriften der Geschäftsordnung strikte beobachtet würden. Aber ich erlaube mir noch Folgendes zu bemerken: Sowohl im früheren Abgeordnetenhouse, als auch in den Landtagen aller Königreiche und Länder ist der lebhafte Wunsch nach Trennung der Justiz von der Verwaltung und nach Einführung der Geschworengerichte ausgesprochen worden. Es hat ferner das frühere Abgeordnetenhaus eine Regierungsvorlage über die Organisation der Gerichte abgelehnt, und zwar aus dem Grunde abgelehnt, weil es von der Ansicht ausging, daß man früher die Gesetze kennen müsse, bevor man den zu ihrer Handhabung nothwendigen Apparat zu schaffen vermag. Endlich hoffe ich auch in diesem h. Hause jenen wohlwollenden Gesinnungen für den Richterstand zu begegnen, welche sich in dem früheren Abgeordnetenhouse, in den Landtagen und in der Tagespresse kundgaben und welche es lebhaft befürworteten, die materielle Lage des Richterstandes in einer Art zu verbessern, die seinem wichtigen und schweren Verufe entspricht und gleichzeitig seine Unbefangenheit mit neuen Bürgschaften umgibt (Bravo, Bravo.) Und doch kann an die neue Organisation und die damit zusammenhängende Verbesserung nicht gleichzeitig ohne vorhergehende Berathung der neuen Gesetze gegangen werden. Diese sind die Gründe, welche die Regierung veranlaßten, den neuen Gesetzentwurf über die Behandlung umfangreicher Gesetzesvorlagen einzubringen, und indem ich die Ehre habe, denselben auf den Tisch des h. Hauses niederzulegen, knüpfe ich daran die Bitte, wegen der verfassungsmäßigen Behandlung desselben das Geeignete zu veranlassen indem ich es dem Ermessen des h. Hauses anheimstelle, ob nicht selbst bei dieser Berathung eine Abkürzung der von der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Vorgänge einzuleiten wäre. (Bravo, Bravo.)

Präsident erklärt die Behandlung dieser Regierungsvorlage auf die morgige Tagesordnung stellen zu wollen.

Es wird zur Tagesordnung geschriften. Auf derselben steht die Specialdebatte der Adresse.

Zu der ersten Alinea ergreift Graf Adam Potocki das Wort.

Er wendet sich dagegen, daß die Verfassung als „wiederhergestellt“ bezeichnet werde. Man möge die Sistirungspolitik nicht ohne weiters verdammen, sie sei eine nothwendige und namentlich für die finanziellen Angelegenheiten heilsame Maßregel gewesen. Die Sistirung der Februarverfassung dauere übrigens noch theilweise fort, namentlich Ungarn gegenüber, den finanziellen Angelegenheiten und allen jenen Gegenständen gegenüber, welche gemeinsame Angelegenheiten sind. Er werde deshalb gegen die ersten fünf Absätze der Adresse stimmen.

Berichterstatter Dr. Herbst repliziert unter lebhaftem Beifall des Hauses, worauf Absatz 1 mit großer Majorität angenommen wird. (Dagegen die Polen und Slovenen.)

Zu Absatz 2 spricht

Abg. Guszalewicz (Ruthene): Er betont, daß seine Nationalität stets an der Verfassung festgehalten, und schildert, wie sehr die Ruthenen durch die Sistirungspolitik gesitten haben. Wäre es so fort gegangen, es wäre ihnen nichts übrig geblieben, als den Wanderstab zu ergreifen und in die Ferne zu gehen. (Rufe von polnischer Seite: Nach Moskau.) Die Ruthenen hoffen von dem Hause eine Verbesserung ihrer Lage.

Abg. Sawczynski (ebenfalls Ruthene) repliziert dem Berredner, giebt einige Details und fragt schließlich, woher denn der Berredner das Recht nehme, über Bedrückung der Ruthenen zu klagen?

Abg. Barwicz bestätigt die Angaben seines Berredners.

Nach einer kurzen Bemerkung des Berichterstatters wird Absatz 2 von derselben Majorität angenommen, ebenso ohne Debatte die Absätze 3 bis incl. 7.

Gegen den Absatz 8 ergreift Abg. Andriewicz das Wort, um dagegen zu sprechen, daß der Ausgleich als eine Thatsache bezeichnet werde. Er stellt ein diesbezügliches Amendment.

Abg. Wolfrum tritt für diesen Absatz ein, indem er sich für den Dualismus erklärt. Nicht nur der

Ausgleich thue den volkswirtschaftlichen Interessen bei der Reichshälfte noth, sondern auch Eintracht.

Nachdem noch Abg. Freiherr v. Kübeck für diesen Absatz das Wort ergriffen, wird derselbe angenommen.

Den Absatz 9 glaubt Abg. Graf Adam Potocki in Consequenz des von ihm früher Gesagten nicht unterstützen zu können.

Dieser Absatz wird mit großer Majorität angenommen. (Dagegen die Rechte.)

Ebenso wird Absatz 10 mit Majorität angenommen. (Auch die Rechte stimmt dafür.)

Zum Absatz 11 ergreift Dr. Lapenna das Wort und will blos constatiren, daß seit dem Jahre 1797 das von ihm vertretene Königreich Dalmatien immer mit der westlichen Hälfte in Verbindung stand, und auch weiter entschlossen sei, sich von diesem Verbande nicht loszulösen (Bravo links.) Da dieser Gedanke im Absatz 11 seinen Ausdruck fand, so müsse er für denselben stimmen.

Abg. Dr. Baillner: Aus dieser Alinea geht hervor, daß diejenige Partei, die den Ausgleich mit Ungarn als nothwendig erkennt, durchaus gewillt ist, die Interessen der Reichshälfte ohne weiters preiszugeben.

Der Grundton des 67er Elaborats ist das Misstrauen gegen die westliche Reichshälfte, dieses Misstrauen zu beseitigen ist unsere Aufgabe, und ich glaube, daß dieses Ziel auch bei vollständiger Wahrung der Rechte und Interessen der von uns vertretenen Länder erreicht werden kann.

Abg. Dr. Mühlfeld: Mein Standpunkt soll bezeichnet werden durch denjenigen Punkt, von dem ich ausgehe, und durch dasjenige Ziel, nach dem ich strebe. Mein Ausgangspunkt ist die Februarverfassung, sie ist unser Recht, die Wiederherstellung der ungarischen Verfassung ist für uns keine Rechts- sondern eine Thatsache.

Wir haben der Krone gegenüber dasselbe Recht auf unsere Verfassung, wie die ungarische Nation gegenüber derselben Krone auf ihre Verfassung.

Eine Collision der Rechte und Pflichten kann daher nicht auf unserer Seite, sie kann nur auf Seite der Krone entstehen. Nicht aber blos der Rechtsstandpunkt, sondern auch die Klugheitsrücksichten veranlassen mich, von diesem Punkte auszugehen, damit, wenn der Ausgleich, was Gott verhüten möge, nicht zu Stande kommt, wir nicht jedes Bodens verlieren, auf dem wir unser Recht noch geltend machen können. So viel über den Ausgangspunkt, von dem ich ausgehe.

Mein Zielpunkt aber ist, die Krone von jener Collision zu befreien, in der sie durch ihre Räthe getragen wurde, die Grenze unseres Handelns aber ist dort zu suchen, über die hinans die Existenz der Gesamtmonarchie aufhört. — Da aber diese Alinea nur eben diesen Sinn zu haben scheint, so stimme ich für dieselbe. (Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die Alineas 11 und 12 angenommen.

Präsident schließt sodann die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Nachts. — Nächste Sitzung: Morgen 10 Uhr.

Tagesordnung: Erste Lesung der heute eingebrachten Regierungsvorlagen, beziehungsweise Wahl des Ausschusses für dieselben.

Fortsetzung der Specialdebatte über die Adresse.

Tagesneuigkeiten.

— (Aus Wien.) Als Deputation der Stadt Wien gehen zur Krönung nach Pest der Bürgermeister und fünf Gemeinderäthe. — Dem Gemeinderath ist im Wege des k. k. Ministeriums des Innern das Project eines höheren Militärs zur Regelung des Wienflusses zur Begutachtung übergeben worden, und wurde der Bausection zugewiesen. — In seiner Sitzung am 4. d. M. erklärte sich der Gemeinderath auf Antrag Hügels damit einverstanden, daß einleitende Schritte geschehen, damit das nächste deutsche Schützenfest im Jahre 1868 in Wien abgehalten werde.

— (Neue Art Hochvorrath.) Damit der „Verschwörung“ in Hannover der Humor nicht fehle, haben die Preußen nun auch eine hochvorrätherische Frau nach Minden abgeführt. Der Hochvorrath derselben bestand darin, daß diese Frau, eine Waschfrau, am Geburtstage König Georg's gelben und weißen Sand vor ihre Thür gestreut hatte.

— (Berliner Lack.) Auf der Pariser Ausstellung hat ein Berliner Lackfabrikant die Schwierigkeit, seinem unscheinbaren Fabrikate allgemeine Beachtung zuzuwenden, folgendermaßen zu überwinden gewußt: Er hat an seinem Stande ein Tableau anbringen lassen, auf welchem Napoleon III. und Bismarck, sich die Hände reichend, dargestellt sind; dieses Tableau ist mit dem Lack des Berliners glänzend lackirt, und darunter steht in französischer und deutscher Sprache: „Dieser Lack hält besser als der englische.“ Jeder bleibt stehen, liest, lacht, geht und erzählt's weiter, und der Berliner Lack ist somit aller Welt bekannt geworden.

Locales.

— (Localpolizeiliche Amtshandlungen) wurden im Monate Mai d. J. folgende vorgenommen: 5 Brotbäckerei-Revisionen, 12 Fleischnachwägungen, 8 Schlachtlägeritätenrevisionen, 13 Confiscationen von Waagen und Maßen, 6 Anstände wegen Standaufstellung, eine Bestrafung wegen Übertretung der Reinlichkeitsvorschriften, 2 Hausdurchsuchun-

gen, 163 Verhaftungen, 40 Anzeigen an die Strafgerichte, eine Abstrafung eines Drägers, 3 Abstrafungen wegen Nichtzuhaltung der Sperrstunde, 68 Abstrafungen wegen Bettelns, 75 zwangswise Entfernungen und 52 andere localpolizeiliche Abstrafungen.

— (Die Bürgermeisterwahl) wird sicherem Vernehmen nach am 12. d. M. stattfinden.

— (Badeplatz.) Laut Kundmachung des öblichen Stadtmagistrates ist auch heuer wieder das öffentliche Baden nur oberhalb der Kolesiemühle im Gradatschzabache gestattet und wird darauf ausmerksam gemacht, daß die Badenden mit anständiger Verhüllung versehen sein müssen.

— (Zur Nachahmung bestens empfohlen.) Letzten Sonntag hielt, wie die „Klagenf. Blg.“ berichtet, der landwirtschaftliche Gauverein St. Veit in Kärnten eine Versammlung, bei der die vorzüglichsten Viehzüchter und brave Dienstboten prämiert wurden. Der Director der Landwirtschaftsgesellschaft, Dr. Burger, der Kanzler Dr. Ernst Edlmann und einige Mitglieder des Centralausschusses, sowie eine große Anzahl von Gästen und Landwirten waren zu dieser Feier erschienen. Der Vorstand, Herr Hödl, eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in welcher er auseinandersetzte, wie unzweckmäßig es sei, Vieh auf Märkten oder Ausstellungen zu prämiiren. Bei diesen Gelegenheiten erhält nur selten der eigentliche Viehzüchter die Prämie, die gewöhnlich einem Händler zufällt. Auch erhält man dadurch nie ein wahres Bild des Standes der Viehzucht. Der Gau hatte demnach beschlossen, Commissionen zusammenzusetzen, welche alle besseren Wirtschaften in Bezug auf ihre Acker-, Wiesen- und Futterbaulächen, ihren Viehstand, den Ernährungszustand, die Reinlichkeit im Stalle, die Art der Streu und der Fütterung untersuchen. — Unter 59 Besitzern, welche zusammen einen Viehstand von 18 Stieren, 330 Ochsen, 366 Kühen und 918 Stück Jungvieh anwiesen, wurden 28 als vorzügliche Viehzüchter erkannt und mit einem Belobungsschreiben von Seite der Landwirtschaftsgesellschaft ausgezeichnet. Hierauf wurden 23 männliche und weibliche Dienstboten, welche sich durch langjährige, treue und fleißige Dienstleistung ausgezeichnet hatten, öffentlich belohnt und je mit 2 fl. in Silber belohnt. Außerdem wurde jedem derselben ein Belobungsschreiben in sein Dienstbotenbuch geheftet, gewiß die beste und zweitmäßige Empfehlung eines Dienstboten. Schließlich ertheilte der Landwirtschafts-

director Herr Dr. Burger manche praktische Winke für die Landwirthe und ermunterte die Anwesenden zur Ausdauer und zum Vorwärtsstreben, mit den Worten schließend: Wir müssen lernen und arbeiten. Den Schluss des Festes bildete eine Bewirthung der ausgezeichneten Dienstboten. — Solche Versammlungen sind wohl vor allem geeignet, den Landmann den praktischen Nutzen des Vereinslebens kennen und würdigen zu lehren.

Aus der Sitzung des Gemeinderathes vom 6. Juni.

Vorsitzender: Dr. Orel als Vicebürgermeister. Regierungskommissär: Regierungsscretär Hotschewar.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Genehmigung der Wahlresultate. Über Vortrag der betreffenden Referenten werden die unsern Lesern ohnehin bereits bekannten Resultate der letzten Ergänzungswahlen von 12 Gemeinderäthen einstimmig genehmigt.

GR. Bürger referirt sohn über das dem Magistrat von der hohen Landesregierung zur Einsichtnahme und Erstattung der Neuherung zugemittelte Project des Codelli'schen Durchlöcherns, für welchen an Uferschuhbauten 4632 fl. und an Planirungsarbeiten 300 fl. veranschlagt sind. Die Section stellt den Antrag, der Gemeinderath wolle dem Project im Interesse der Morastentumpfung die Genehmigung ertheilen und die Bereitwilligkeit zur Concurrenzleistung aussprechen. Nachdem Dr. Orel die Nothwendigkeit dieser Arbeiten hervorgehoben, Dr. Costa die Auflösung ertheilt, daß $\frac{2}{3}$ des Concurrenzbeitrages das Reich, $\frac{1}{3}$ die Stadt Laibach und die concurrenzpflichtigen Grundbesitzer zu tragen haben, wird der Antrag der Bausection einstimmig angenommen. Dr. Orel ergreift sohn das Wort, um aus Anlaß der Regulirung des Laibachflusses auf die Nothwendigkeit einer Regelung des Gradatschzabaches aufmerksam zu machen und den Antrag zu stellen, diesen Gegenstand der Bausection zur weiteren Veranlassung zuzuweisen.

Der auf der Tagesordnung stehende Bericht über einen Recurs in einer Bauangelegenheit wird über Antrag des Herrn Dr. Costa bis zur vollständigen Constituierung des neuen Gemeinderathes vertagt, und es referirt Herr GR. Bürger über eine Dolomitschotter-, Sand- und eine Holzlieferung, und es werden die bezüglichen Verdienstbeträge mit 582 fl. für Herrn Carl Peterza und 39 fl. für Herrn Tautscher genehmigt. GR. Auer bringt sohn Mauthanstände an der Triester Linie für Wirtschaftsfuhren zur Sprache, zu deren Behebung sich der Bürgermeister Dr. Costa seinerzeit an die Verzehrungssteuerpachtung, jedoch wie es scheint, ohne Erfolg gewendet hat.

Schließlich spricht Herr GR. B. C. Supan den Wunsch aus, die Bausection möchte die nötigen Vorlehrungen treffen, daß eine Bade- und Schwimmanstalt als ein allgemein empfundenes Bedürfnis errichtet werden möchte. Herr GR. Rost theilt uns aus diesem Anlaß mit, daß der Herr Oberrealshulprofessor Dzakowski sich bereit erklärt habe, gegen einen angemessenen Beitrag von Seite der Stadt eine Bade- und Schwimmanstalt auf seinem Besitzum an der Laibach zu errichten.

Somit erklärt der Vorsitzende die Sitzung für geschlossen.

